

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1936**

167 (20.7.1936)

# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegr. 1829 / Heimatblatt für die Stadt und den früheren Amtsbezirk Durlach

## Pfinztäler Bote

für Grözingen, Berghausen, Sölingen, Wöschbach und Kleinsteinbach

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 4 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzwünsche und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 167

Montag, den 20. Juli 1936

108. Jahrgang

# Spanisch-Marokko im Aufstand

## Die Regierung Herr der Lage?

Madrid, 19. Juli. Die spanische Regierung hat Samstag nachmittag durch Rundfunk eine Erklärung über die Lage verbreitet. Sie erklärt, in ganz Spanien herrsche Ruhe. Die Bevölkerung werde die Arbeit der Regierung am besten unterstützen, wenn sie für den normalen Ablauf des öffentlichen Lebens Sorge. Dank den umfangreichen Vorbereitungsmaßnahmen der Regierung sei es gelungen, eine gegen die Republik gerichtete Aufstandsbewegung aufzulösen, die auf der ganzen Halbinsel keine Unterstützung gefunden habe.

Die Bewegung habe sich nur auf einen Teil der spanischen Marokkotruppen beschränkt, die ihre patriotische Pflicht vergessen und sich von der politischen Leidenschaft hätten hinreißen lassen. Die schnellen und wirksamen Maßnahmen der Regierung seien bekannt. Den besten Beweis dafür liefere die Verhaftung mehrerer Generäle, sowie zahlreicher Offiziere. Ferner sei es der Polizei gelungen, ein ausländisches Flugzeug zu beschlagnahmen, das verucht habe, einen der Führer der Aufstandsbewegung aus dem Auslande nach Spanien zu bringen. Durch die Tätigkeit der Regierung werde die baldige Wiederherstellung normaler Verhältnisse gewährleistet.

In einer anderen Regierungsmittteilung heißt es u. a., daß entgegen gewissen Nachrichten in Spanien kein Kriegszustand verhängt worden sei und daß alle Personen, die ein derartiges Gerücht als Tatsache verbreiteten, zur Verantwortung gezogen würden.

Ferner wird erklärt, die Aufständischen hätten sich des Radiosenders in Ceuta bemächtigt und verbreiteten von dort aus die Behauptung, daß die Ministerien in Madrid sich bereits in den Händen der Aufständischen befänden. Um diese Nachricht glaubwürdig zu machen, wird von dem Ansager in Ceuta behauptet, es handle sich um den Sender Sevilla. In Wirklichkeit seien diese Nachrichten vollkommen aus der Luft gegriffen, da in Madrid völlige Ruhe herrsche und das Leben in den Ministerien das Gewohnte sei.

### Spanische Truppen nach Marokko

London, 19. Juli. Nach einer Meldung aus Gibraltar hat der spanische Truppentransportdampfer „Touino“ den Befehl erhalten Ceuta zu verlassen und Algeciras anzulassen, um dort alle verfügbaren Infanterietruppen zur Verstärkung von Marokko an Bord zu nehmen.

In den kleinen Stadtgemeinden Coca, Jemis und Angera sollen äußerst heftige Gefechte stattgefunden haben. Es scheint, daß sich die Aufstandsbewegung mit Windeseile durch das ganze spanische Gebiet von Marokko verbreitet.

### Marmoreitschaft in Madrid

Madrid, 19. Juli. In der Nacht zum Samstag sind in Madrid außerordentlich umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Auf dem größten Platz in der Stadtmittte haben sich Tausende, sowie starke mit Maschinengewehren ausgerüstete Polizeieinheiten aufgestellt. Die sozialdemokratische und kommunistische Miliz ist alarmiert worden und patrouilliert in den Straßen. Sie ist zum Teil mit Gewehren bewaffnet. Die Marzisten verlangen die Freilassung der in den Gefängnissen sitzenden Anarcho-Syndikalisten, damit auch diese bei einem etwaigen Aufstand bewaffnet und in den Kampf eingesetzt werden können.

Der Staatspräsident hat aus Sicherheitsgründen das außerhalb von Madrid gelegene Schloß Prado aufgrund der ersten Nachrichten über die Erhebung der Unruhen in Nordafrika am Freitag abend verlassen und im Präsidentenpalais in der Stadt Wohnung genommen.

Wie der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium mitteilt, soll sich der Aufstand in Spanisch-Marokko nur auf das Gebiet von Melilla beschränken, wo sich sowohl spanische Afrikastruppen (Tercios) als auch Eingeborenenstruppen (Regulares) gegen die Regierung erhoben hätten. Die Regierung verfüge aber dennoch über genügend zuverlässige Truppen, um den Aufstand niederzuwerfen.

Der Chef der spanischen Luftwaffe, General Ranea del Prado, der früher lange Zeit in Afrika ein Kommando hatte, ist zum Generalinspekteur der spanischen Streitkräfte in Spanisch-Marokko ernannt worden. Er hat sich in der Nacht zum Samstag im Flugzeug von Madrid nach Melilla begeben.

### Grenzsperrung nach Französisch-Marokko

Paris, 19. Juli. In einer Havas-Meldung aus Gibraltar heißt es, daß die Meuterei in Spanisch-Marokko sich auch auf die Hafenstädte Cartagena, Jorrol und Drense erstreckte.

Einer Havas-Meldung aus Rabat zufolge, hat in Melilla die spanische Fremdenlegation gemeldet, im gesamten Gebiet von Melilla zeigte sich in militärischen Kreisen starke Erregung. Die Grenze zwischen Französisch-Marokko und Spanisch-Marokko sei durch spanische Truppen gesperrt worden. Jeglicher Grenzübertritt werde verhindert. Hingegen werde der Eisenbahnverkehr zwischen Tanger und Fez aufrecht erhalten.

Madrid, 19. Juli. Auch in Spaniens Hauptstadt ist es infolge der herrschenden Nachrichtenlage schwer, sich ein Bild der Lage zu machen. Im Laufe des Samstags hat jedenfalls die Regierung im Madrider Rundfunk mehrfach die Erklärung an die Bevölkerung wiederholt, daß sich die Radiowelle im Besitz der Aufständischen befinden, daß die von dort verbreiteten Nachrichten falsch seien und nur den Zweck hätten, unter der Bevölkerung Panikstimmung zu schaffen. Vom Cadixer Sender gebrachten Meldungen über eine Verschiffung ausländischer Truppen nach der Halbinsel werden von Regierungsseite als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet, im Gegenteil seien regierungstreue Truppenabteilungen von der Halbinsel auf dem Wege nach dem Aufstandsgebiet, um dort den Frieden wiederherzustellen. Der frühere Minister und jetzige Führer der Rechtsparterie in Valencia, Lucia, habe in einem Telegramm an die Regierung seine Unterstützung gegen die Rebellen versprochen. Diese Tatsache sei als ein gutes Zeichen für die Ablehnung zu werten, die der Aufstand im Lande finde.

Die Gerüchte, wonach die Truppen von Lograno und Segovia auf Madrid marschierten, seien falsch. Auch in Barcelona, Ciudad Real und Puertollano sei die Ordnung wieder hergestellt. 6000 asturische Bergarbeiter seien am Sonntag abend in Madrid zur Unterstützung der Regierung eingetroffen.

Die „Liberté“ weist darauf hin, daß die schwierige Lage der Regierung in Spanien sich in erster Linie daraus ergebe, daß die Madrider Regierung sich nicht der Arme bedienen könne. Sie habe wohl mehrere Generäle abgesetzt, aber den Belagerungszustand zu erklären, wage sie nicht, da sonst die Machtbefugnisse in die Hände der Militärs übergehen und sich gegen die Regierung selbst richten könnten. Durch den Aufruf des Extremistenführers Largo Caballero, der die Arbeiter zum Generalstreik aufgefordert habe, sei das Chaos in ganz Spanien noch größer geworden.

Die Regierung brachte am Sonntag abend im Rundfunk ihre Befriedigung über die Lage zum Ausdruck und betonte, daß in Barcelona die Aufstandsbewegung völlig niedergeschlagen sei; die aufständischen Truppen seien in Unordnung geraten und schlossen sich den regierungstreuen Truppen in Scharen wieder an. Die Regierung bedauere, daß der Verrat in Marokko, einem außerordentlich empfindlichen, aufgrund internationaler Verträge erworbenen Gebiete, seinen Anfang genommen habe. Sie werde mit allen Mitteln für schnellste Wiederherstellung der Ordnung sorgen und vertrauen dabei auf die Mithilfe der öffentlichen Meinung. Die Bevölkerung solle nicht verzagen und ebenso fest an sie glauben, wie die führenden Männer. Der Aufruf schließt mit einem Hoch auf die Republik.

Die letzten amtlichen Nachrichten besagen, daß sich die Aufständischen in Sevilla ergeben hätten und daß das Radiosenderhaus wieder im Besitz regierungstreuer Kreise sei.

## Sowjeteuropäer Titulescu

### Der Außenminister, der nie zu Hause ist

Im letzten rumänischen Ministerrat trat Außenminister Titulescu für den Bau einer direkten Bahn Prag-Moskau durch rumänisches Gebiet ein.

Als die Konferenz von Montreux in ihre kritische Phase trat und der plötzlich offenbar gewordene Gegensatz zwischen England und Sowjetrußland unüberbrückbar schien, legte Herr Titulescu sich kurzerhand in den Schilowagen und reiste ab, Richtung Bukarest. Er hatte kurz vorher dem König Carol seinen Rücktritt angezeigt. Herr Titulescu, an den strittigen Fragen nicht minder stark interessiert als der rumänische Außenminister, ließ zwar auch durchblicken, daß seine Koffer rasch gepackt seien. Immerhin, er blieb. Und er siegte, für sich und für seinen Freund Titulescu mit.

Titulescu liebt überraschende Coups wie den, den er in Montreux in Szene setzte. Es ist noch nicht ganz geklärt, warum er seine Demission gab, über die übrigens bis zum Augenblick noch nicht entschieden ist. Aber es scheint, daß dafür innenpolitische Vorgänge in Rumänien, die allerdings mit dem Kurs seiner Außenpolitik zusammenhängen, den Anlaß gegeben haben. Kein Mensch glaubt, daß es ihm ernst ist um seinen Rücktritt. Aber er hält sich für unentbehrlich, und die Stunde scheint ihm zu gebieten, das dem König und dem Lande wieder einmal recht drastisch vor Augen zu führen.

Titulescu hat seit Jahr und Tag den rumänisch-sowjetrussischen Hilfeleistungspakt nach dem Muster des zwischen Moskau und Prag abgeschlossenen im Schublad liegen. Noch wagt er nicht, ihn hervorzuheben. Je länger je mehr wächst in Rumänien das Bedenken gegen das Faktieren mit dem Bolschewismus. Die Stellung des Königs zu dem Vertrag mit Moskau, der, seiner Präzedenzfälle entkleidet, auf ein Militärbündnis hinausläuft, ist schwankend. Seine innere Meinung scheint ihn von dem letzten Schritt in dieser Richtung abzuhalten und die Rechtsfreie im Lande, parlamentarisch zur Zeit allerdings in ihrem Einfluß stark geschwächt, vor allem aber gewisse nationalistische Bewegungen mit schäblichem Vorzeichen, agieren heftig gegen den Russenpakt und sind wohl nicht ohne Einfluß auf den König geblieben. Das plötzliche Rücktrittsgesuch Titulescus ist offenbar der Besürchtung entsprungen, daß diese Tendenzen auf die Politik des Landes entscheidend einwirken könnten. Aber Carol hat bis jetzt noch nicht die Entschlußkraft gefunden, sich von dem Manne, der seit 1932 die Außenpolitik Rumäniens ununterbrochen geführt hat, zu trennen.

Für Titulescu stand immer bei allen seinen politischen Überlegungen der Wunsch im Vordergrund. Dämme gegen die in Europa langsam steigende Flut des Revisionismus zu errichten. Namentlich seitdem Ungarn, ermutigt durch Italien, sich offen zu ihm bekannte, hat Titulescu wiederholt härteste Worte gegen ihn gefunden und er hat sich nicht scheut, mit kriegerischer Gewalt zu drohen, um jede praktische Betätigung revisionistischer Neigungen zu unterdrücken. Die Kleine Entente, in der er neben Beneß die führende Rolle spielt, ist von ihm in dieses antirevisionistische Fahrwasser hinein gelenkt worden. Als eine gewisse, wenn auch nur wirtschaftliche Annäherung Ungarns und Oesterreichs am Horizont auftauchte, erklärte er, für die Kleine Entente sei das Entstehen eines mitteleuropäischen Blocks unerträglich, und wieder folgte ein Hinweis auf die Entschlossenheit zum militärischen Vorgehen.

Und wenn sich Titulescu nun aus engste den Sowjetrußland verschrieb, so deshalb, weil er die Hilfe von Moskau nötig zu haben glaubt, um den Status quo im Donauraum aufrechtzuerhalten zu können. Er fand sich darin mit Frankreich, und dem entschiedensten Vertreter der antirevisionistischen französischen Außenpolitik der letzten Jahre, Barthou.

## Regierungswechsel in Spanien

Madrid, 19. Juli. In den frühen Morgenstunden wurde überraschend bekanntgegeben, daß der bisherige Ministerpräsident Cajares Quiroga, der Innenminister Nolés und drei weitere Minister zurückgetreten seien. Der bisherige Landtagspräsident Martinez Barrio (Republikanische Union) hat bereits ein neues Kabinett gebildet. Der Regierungswechsel soll im Einverständnis mit den Gruppen der marxistischen Volksfront vorgenommen worden sein und bezwecken, der Regierung durch Hinzuziehung einiger national-republikanischer Minister, die den Rechtsparterien genehm sind, größere Autorität zu verschaffen.

M.B. Madrid, 20. Juli. Die erneute Aenderung in der Zusammenfügung der spanischen Regierung ist aus dem Grunde erfolgt, da die Absicht der Regierung, durch Hinzuziehung national-republikanischer Abgeordneter eine Verjüngung mit den aufständischen Kreisen herbeizuführen, nicht von Erfolg begleitet gewesen ist und unter den marxistischen Elementen der Volksfront starke Unzufriedenheit hervorgerufen hat.

Die neue Regierung unterscheidet sich gegenüber derjenigen von Cajares Quiroga nur dadurch, daß anstelle des bisherigen Innenministers Noolés General Pozas (parteilos), anstelle des bisherigen Ministerpräsidenten und Kriegsministers Cajares Quiroga General Castello (parteilos) als Kriegsminister und Giral (Linksrepublikaner) als Ministerpräsident tritt. Giral behält außerdem das Marineministerium bei. Die übrigen Ministerien bleiben in der Hand der Mitglieder des Kabinetts Cajares Quiroga. Die Zwischenregierung Martinez Barrio ist also nur wenige Stunden alt geworden. Das Ausschneiden von Cajares Quiroga und Noolés sei, so wird gemeldet, auf „gesundheitliche Rücksichten“ zurückzuführen.

M.B. Paris, 20. Juli. Wie Havas aus Madrid meldet, soll die Zusammenfügung der neuen Regierung Giral im wesentlichen der des Kabinetts Quiroga entsprechen. Sie bedeute eine Verschärfung des Kampfes gegen rechts. Der neue Innenminister General der Miliz Pozas habe am Sonntag nachmittag die Parteien der Volksfront durch Rundfunk zur engen Zusammenarbeit mit der neuen Regierung aufgerufen. Das Volk werde weiter bewaffnet werden. Überall sollen Arbeitermilizen gebildet werden und mit den regierungstreuen Truppen eng zusammenarbeiten.

## Kurze Tagesübersicht

Zur Teilnahme an den Bayreuther Festspielen, die mit einer glanzvollen Aufführung von Wagners „Lohengrin“ eröffnet wurden, ist der Führer mit seiner Begleitung am Sonntag in Bayreuth eingetroffen.

Die Ausstellung „Deutschland“, die große Schau deutschen Lebens und deutscher Arbeit während der Olympischen Spiele, ist am Samstag von Reichsminister Dr. Göbbels eröffnet worden.

Das Meerengenabkommen über die Dardanellen ist am Samstag in Montreux von den beteiligten Mächten endgültig angenommen worden.

Die Vertreter der West- und Ost-Mächte England, Frankreich und Belgien werden sich zu einer Konferenz am 22. Juli in London zusammenfinden.

In der Garnisonsstadt Melilla in Spanisch-Marokko ist eine Militärrevolte ausgebrochen, es sollen heftige Kämpfe stattfinden. In Spanien selbst herrscht Ruhe, doch ist am Sonntag ganz plötzlich eine neue Regierung unter Führung von Ministerpräsident Martinez Barrio gebildet worden.

Titulescu ist der Außenminister Europas, der seine Amtsräume fast nie verläßt. Den größten Teil des Jahres ist er unterwegs, in Paris, in Genf, in London, in Prag, in Belgrad, in den Hauptstädten der befreundeten Länder der Balkan-Entente, Athen und Ankara, in Moskau oder wo immer. Er entfaltet eine unheimliche Geschäftigkeit. Wenn er vor der Szene gelegentlich mit einem knalligen Coup blüht, ist er umso geschickter und wendiger in den Kulissenverhandlungen. Sein persönlicher Einfluß wird von denen, die ihn fürchten, als phantastisch hoch eingeschätzt. In Frankreich jagt man, seine Ministerkrisis in Paris werde ohne sein Eingreifen gelöst. Die Politik, die Europa lähmt, ist zu einem guten Teil mit sein Werk.

## Das kommende Siedlungs- u. Wohnbauprogramm

Dr. H. Gleiwitz, 18. Juli. Der Besuch des Reichsorganisationsleiters in Oberschlesien führte Dr. Ley in die drei großen VAG-Siedlungen des ober-schlesischen Industriegebietes und erreichte seinen Höhepunkt mit der Grundsteinlegung zum Gemeinschaftshaus der VAG-Siedlung Jernitz im Kreise Gleiwitz. Im Verlauf dieser eindrucksvollen Feierstunde machte Dr. Ley grundsätzliche Erläuterungen über das künftige große Siedlungs- und Wohnungsbauprogramm des Nationalsozialismus, wobei er u. a. ausführte: Ein Anfang mit der Schaffung gesunder Heimstätten für das arbeitende Volk sei, wie die VAG-Siedlungen im Reich zeigen, gemacht. Der Führer wolle das Problem des Siedlungs- und Wohnungsbaues in den nächsten Jahren ganz groß anpacken. Rund 5 Millionen Siedlungen und Wohnungen würden dann gebaut werden. In Zukunft müsse Voraussetzung für einen Siedler sein, daß er rassistisch einwandfrei ist. Die Restbauwerke müsse erarbeitet werden. Träger des zukünftigen Siedlungsprogramms sei die Deutsche Arbeitsfront, die Helfer seien der Reichsarbeitsdienst, die Reichsautobahn und letzten Endes die Technik durch Normung aller Bauelemente. Die VAG übernehme die Planung des gesamten Siedlungsprogrammes und auch die ideale Betreuung der Siedler. Schon jetzt würden u. a. mehrere hundert junge Architekten für diese besondere Aufgabe geschult und auf dieses Ziel ausgerichtet. Diese Betreuung des Siedlungsprogramms erpare allein schon 7 bis 10 v. H. sämtlicher Baukosten. Weiter würden die Siedlungen in Zukunft möglichst in die Nähe der Reichsautobahnen abseits der Städte verlegt werden, wo der Baugrund billig ist. Die modernen Verkehrsmittel, wie sie auf den Reichsautobahnen vorfinden können, würden die Siedler in der gleichen Zeit an ihre Arbeitsplätze bringen können, als wenn sie in der Nähe der Städte wohnten, wo der Baugrund sehr teuer ist. Auch durch diese neuartigen Maßnahmen sei die Einsparung von weiteren

## Annahme des Meerengen-Abkommens

Montreux, 19. Juli. Die Meerengenkonferenz trat am Samstag zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, um das im endgültigen Wortlaut vorliegende Abkommen kapitelweise endgültig anzunehmen.

Der Entwurf sagt in einer Einleitung, daß die vertragsschließenden Parteien beschlossen haben, dieses Abkommen an die Stelle des Lausanner Abkommens vom 24. Juli 1923 zu setzen in dem Wunsch, die Durchfahrt und die Schifffahrt in den Meerengen so zu regeln, daß im Rahmen der Sicherheit der Türkei und der Sicherheit der Uferstaaten im Schwarzen Meer der Grundsatz des Artikels 23 (Freiheit des Schiffsverkehrs) gewährleistet wird. Demgemäß bestimmt Artikel 1, daß die Vertragsschließenden den Grundsatz der freien Durchfahrt und Seeschifffahrt in den Meerengen anerkennen und bekräftigen.

Abchnitt 1 des Abkommens, der die Artikel 2 bis 7 umfaßt, bezieht sich auf die Handelschiffe, die in Friedenszeiten völlig freie Durchfahrt ohne besondere Formalität genießen sollen. In Kriegszeiten gelten die gleichen Grundsätze, wenn die Türkei neutral ist. Gehört die Türkei zu den Kriegführenden, so besteht für die Handelschifffahrt die Verpflichtung, den Feind in keiner Weise zu unterstützen.

Nach Artikel 10 genießen in Friedenszeiten die leichten Ueberwasserfahrzeuge, die kleinen Kampfschiffe und die Hilfschiffe ohne Ansehen ihrer Flagge freie Durchfahrt in den Meerengen, vorausgesetzt, daß sie bei Tage durchfahren und sich 14 Tage vorher auf diplomatischem Wege anmelden lassen. Andere als die hier bezeichneten Kriegsschiffe können die Meerengen nur durchfahren, wenn sie einem Uferstaat des Schwarzen Meeres gehören. Für die Durchfahrt von Kriegsschiffen ist eine Höchsttonnage von jeweils 15 000 Tonnen festgesetzt worden. Während die Durchfahrt für Unterseeboote allgemein verboten ist, erhalten die Uferstaaten des Schwarzen Meeres das Recht, ihre Unterseeboote, die außerhalb gebaut oder gekauft worden sind durch die Meerengen an ihre Basen zu bringen.

Wenn im Kriegsfalle die Türkei nicht zu den Kriegführenden gehört, so genießen nach Artikel 19 Kriegsschiffe grundsätzlich die gleiche Freiheit der Durchfahrt und des Verkehrs in

den Meerengen wie in Friedenszeiten. Jedoch ist den Kriegsschiffen jeder Kriegführenden Macht nach Absatz 2 dieses Artikels die Durchfahrt durch die Meerengen verboten. Den Kriegsschiffen der Kriegführenden ist es in allen Fällen verboten, irgend einen feindseligen Akt in den Meerengen zu begehen.

Artikel 20 bestimmt für den Fall, daß in Kriegszeiten die Türkei zu den Kriegführenden gehört, die Durchfahrt von Kriegsschiffen völlig dem Ermessen der türkischen Regierung überlassen ist.

Abchnitt 3 des Abkommens (Artikel 23) regelt den Verkehr der Luftfahrzeuge. Die Türkei wird den Verkehr von Zivilflugfahrzeugen durch die verbotene Meerengenzone bei gelegentlichem Ueberfliegen nach dreitägiger Anmeldung und bei jahrplanmäßigem Ueberfliegen nach einer allgemeinen Vorankündigung gestatten.

In Abchnitt 4 (Allgemeine Bestimmungen) steht zunächst Artikel 24 den Uebergang der Befugnisse der Meerengenkommission auf die türkische Regierung vor. Die türkische Regierung hat die Durchfahrt fremder Seestreitkräfte den Vertretern der Vertragsschließenden in Ankara mitzuteilen. Dem Völkerbund und den Vertragsschließenden ist ein jährlicher Bericht über die fremden Kriegsschiffbewegungen und die allgemeine Schifffahrt und Luftfahrtfragen zu erstatten.

Artikel 26 sieht baldige Ratifizierung vor, wonach die Urkunden bei der französischen Regierung niederzulegen sind. Das Abkommen tritt in Kraft, sobald sechs Ratifizierungsurkunden, darunter diejenige der Türkei, niedergelegt sind. Die Dauer der Konvention beträgt 20 Jahre vom Zeitpunkt ihres Inkrafttretens an. Das Abkommen kann zwei Jahre vor Ablauf seiner Geltungsdauer und sodann jederzeit mit zweijähriger Frist gekündigt werden.

Die Meerengenkonferenz hat dann den Abkommensentwurf endgültig angenommen. Die einzelnen Delegierten gaben ihrer Benützung über den Abschluß des Abkommens Ausdruck und dankten den an der Ausarbeitung Beteiligten für ihre Arbeit.

## Am 22. Juli Konferenz in London

Brüssel, 19. Juli. Nach einer Meldung der belgischen Telegrafischen Agentur wird die Konferenz der Vertreter Englands, Frankreichs und Belgiens am 22. Juli in London stattfinden.

## Rechtfertigung Edens

London, 19. Juli. In einer Rede in Bidford-on-Avon nahm Außenminister Eden zu der Entscheidung der Regierung über die Sanktionen Stellung.

Für alle in Genf vertretenen Regierungen sei es nicht nur unwillkommen, sondern außerordentlich schmerzhaft gewesen, sich einer solchen Lage gegenübersehen, aber in Wahrheit habe man nicht ausweichen können. Während der ganzen kritischen Periode, durch die Europa gegangen sei, habe die Regierung ständig ein Ziel verfolgt, nämlich alles in Englands Macht Stehende zu tun, um die in Europa herrschende Unruhe und Spannung zu beizugehen. Natürlich könne England diese Ergebnisse nicht nur durch seine eigenen Bemühungen erzielen. Ebenso klar sei, daß England gewillt sei, herzlich und auf der Grundlage voller Gleichheit mit jeder Nation zusammenzuarbeiten, die das gleiche Ziel habe. Darin liege die Erklärung für jede Waage der britischen Politik seit den Ereignissen des 7. März, und der Wiederbesetzung der Rheinlande. Man möge das Vertrauen haben, daß England sein Bestes tun werde, jede sich bietende Gelegenheit für eine kollektive Bemühung zur Herbeiführung einer dauernden Besserung im Zustand Europas zu fördern. Niemand dürfe sich aber, weil England so leidenschaftlich den Frieden wünsche, einbilden, daß dabei eine Gelegenheit geboten sei, um England zu veranlassen, unmittelbare und lebenswichtige britische Interessen als Preis für diesen Frieden anzugeben.

Das letzte Ziel sei ein geeinigtes und in Frieden lebendes Europa, das unter Anwendung des Völkerbundsrechts voll zusammenarbeite. Er sei sich weit besser als einige seiner Kritiker der ungeheuren Schwierigkeiten bewußt, die gegenwärtig in dieser Beziehung vor ihnen lägen. Aber es bestehe kein Grund, warum man nicht an dem Ziel festhalten sollte.

## Stettner & Sohn setzen sich durch

Copyright by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.  
(Nachdruck verboten.)

„Wenn ich nur wüßte, wo das Madel das Geld her hat? Nach dem wie ich vorgearbeitet hab, pumpt doch den Stettner's fa Mensch mehr was.“  
„Es wurde an die Tür gepocht, und — allerdings etwas gebudt — der Profurist Wilbermut trat ein.“  
„Hollerbach fuhr auf.“  
„Was wollen's noch hier? Mit den tausend Mark is es nit. Das „Fräulein Fabrikdirektor“ hat abgefragt. Noch mehr, sie hat sogar den Schuldschein bezahlt.“  
„Ach möchte Sie bitten, mir zehntausend Mark zu geben.“  
„Can's spinnet worden oder...?“  
„Vielleicht weniger als Sie.“  
„Hallo, unverschämter!“  
„Sie werden anders denken, wenn Sie mich angehört haben.“  
„Ich sag ja scho, der Kauf is Effig.“  
„Jedenfalls das Stadion bauen die Stettnerwerke nicht!“  
„Wieso? Des' woll gerad.“  
„Wilbermut lächelte wohlgefällig.“  
„Sehen Sie, ich habe das eben verhindert, und deshalb bitte ich um die zehntausend Mark. Ich habe mich mit dem Fräulein Fabrikdirektor, wie Sie so schön sagen, auseinandergesetzt und möchte heut' noch abreißen.“  
„Is scho recht! Heraus mit der Eptach', was soll das Gefrett!“  
„Ich habe in meiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigter des Werkes, denn noch bin ich es! — heut' nachmittag dem Stadtrat Eugenheim aus Augsburg, der hier war, mitgeteilt, daß die Stettnerwerke auf den Auftrag verzichten und um Lösung des Vertrages bitten.“  
„Hollerbach begriff nicht so schnell.“  
„Ja, können's denn das?“  
„Solange meine Vollmacht nicht zurückgezogen worden ist, ja, und — heute hatte Fräulein Elsa andere Sorgen. Heute ist sie ja wegen des Geldes gerannt, wenn sie es Ihnen gegeben hat.“  
„Hollerbach starrte ihn an, dann warf er sich in den Sessel, der unter seiner Niesenfigur trachte, und schlug sich mit beiden Fäusten auf die Knie, während er drohend lachte. Schließlich fragte er:  
„Und zehntausend Mark wollen's?“

„Die muß ich haben.“  
„Verkaufen's mir do gleich die ganze Fabrik, wann's noch Vollmacht haben.“  
„Warum dachten wir daran nicht früher! Das kann geschehen, Meine Papiere habe ich bei mir, aber — zehntausend Mark!“  
„Is scho recht, ja! Warten's amal.“  
„Er lief zum Fernsprecher.“  
„Ist Herr Justizrat Bobach noch z' sprechen?“  
„Am Apparat!“  
„Großartig, na, da hören's mal.“ Und er fragte ihn, ob es ihm möglich sei, an diesem Abend noch einen Kaufvertrag abzuschließen. Es sei eine eilige Sache, und er werde gern alle Mehrkosten tragen. Der Justizrat schien ein bißchen verwundert, er legte aber zu.  
„Is recht, dann kommen's aber sofort.“  
Der Justizrat, der ebenfalls in der Nachbarstadt Fürth, und zwar ganz in der Nähe wohnte, prüfte nachher sehr sorgfältig Wilbermut's Papiere.  
„Alleinprokura? Generalvollmacht? Warum kommt der Inhaber nicht selbst?“  
„Ist verstorben.“  
„Ach ja, ich entfinne mich. Wollte nicht die Tochter...?“  
„Ja — aber ein junges Madel...! Ist ja Torheit! Jetzt schämt sie sich.“  
„Sie handeln also im Auftrage der Firma?“  
„Selbstverständlich.“  
„Nach der Vollmacht ist alles in Ordnung. Ich setze also den Vertrag auf.“  
„Da ist schon der Entwurf, aber geben's acht, die Kaufsumme setzen um zehntausend Mark niedriger ein.“  
Das sagte Hollerbach, er nickte Wilbermut zu, und dieser verstand.  
Eine halbe Stunde später verließ der Notar das Fabrikgebäude wieder, und nun bekam Wilbermut gegen eine Bezeichnung — Hollerbach war sehr genau in solchen Sachen — den Lohn für seine „Bemühungen“, die zehntausend Mark.  
Und wieder eine Stunde später stand auf dem Fürthener Bahnhof, mit Absicht in das Dunkel gedrückt, Herr Profurist Wilbermut und schlüpfte dann rasch in den Schnellzug „München-Brenner-Berona“, der gleich darauf in die Halle einfuhr. In einem Abteil dritter Klasse drückte er sich in eine Ecke und fing an nachzurechnen.  
Sein Paß war in Ordnung. München erreichte er 11 Uhr nachts, die Grenze drei Uhr morgens. Selbst wenn also Elsa Stettner morgen früh Anzeige erstattete, war er über alle Berge, und daß sie sich heute noch geweigert hatte, zur Polizei zu laufen, daß sie auch gar nicht an die Lösung seiner Prokura gedacht hatte, das hatte ihm ja der Buchhalter Selmerding berichtet, als

er sich nach Geschäftsabluß mit ihm in der dunklen Regensburger Straße getroffen hatte.  
Er streichelte zärtlich seine Briestafel mit dem Gelde, dann legte er sich zum Schlafen zurecht.  
Wenn er vor dem Brenner das Geld bis auf zwei Hundertmarktscheine in die Strümpfe packte, kam er sicher durch. Ein Mensch, der so einfach geliebt war, nur einen Handwerker hatte und eine Karte nach Meran, dazu eine ärztliche Bescheinigung, daß er dorthin zur Kur mußte, der wurde sicher nicht genau — vor allem nicht körperlich — untersucht.  
Er hatte die Tage, die zwischen dem Tode und dem Begräbnis des Chefs lagen, gut ausgenutzt, um seine Flucht vorzubereiten.  
Aloys Hollerbach aber sah derweil freundlich lächelnd im Brausekeller und schürkte eine Maß nach der anderen.  
Was würde morgen die hochmässige Elsa sagen, wenn er nun doch der Eigentümer der Fabrik war?  
Er war mit seinem Tagewerk genau so zufrieden wie Wilbermut und Schmuntze vor sich hin.

## Viertes Kapitel

Als Elsa Stettner vor dem Hause in der Jacobstraße stand und zu den Fenstern ihrer Wohnung hinaufschah, bemerkte sie matten Lidschein. Unwillkürlich leuchtete sie auf. Und dann erschraf sie: Soweit war es also schon gekommen, daß sie bei dem Gedanken, ihre Mutter zu sehen, seufzte. Und doch war sie mit ihrer Mutter immer so einig gewesen, bis — ja, bis der Onkel diesen unseligen Kaufvertrag vorstellte und sich als der liebende Bruder aufspielte! Es konnte der Mutter nicht einmal zürnen, konnte ihr nicht böse sein, daß die Frau, die in ihren Anschauungen in einer Zeit wurzelte, in der eine Tochter hübsch Strümpfe strickte und wartete, bis ein Mann kam, sich gar nicht vorstellen konnte, daß ein Mädchen etwa eine Fabrik leiten konnte.

Sie durfte es der Mutter nicht übernehmen, daß die dreißigtausend Mark, die der Onkel zahlen wollte, ihr sicherer erschiene als die Fabrik, die er gar nicht schlecht genug machen konnte. Und dennoch hatte sie das Bemühen, sich zu tun, hatte sie die Empfindung, daß der Onkel, über den sie so manches hätte munteln hören, auch der Schwester gegenüber nur auf seinen Vorteil bedacht sei. Best freilich graute ihr bei dem Gedanken, daß die Mutter mit verweinten Augen da oben sitzen und ihr Vorwürfe machen würde. Es war an diesem Tage jedoch auf sie eingestürzt, daß auch ihre Nerven am Ende ihrer Spannkraft waren, und — sie wollte doch gewiß keinen offenen Streit mit der Mutter.

Zögernd stieg sie die Treppen hinauf.

(Fortsetzung folgt.)